NACHRICHTEN AG

12. Juni 2025

Bildungssenatorin entsetzt: Lehrerbrief über Mobbing monatelang ignoriert!

Berlins Bildungssenatorin Günther-Wünsch erklärt verspätete Reaktion auf Mobbingbeschwerde eines Lehrers. Diskriminierung im Fokus.

Berlin, Deutschland - Berlins Bildungssenatorin Katharina Günther-Wünsch gerät in die Kritik, nachdem bekannt wurde, dass sie ein Beschwerdeschreiben eines Lehrers über Mobbing erst Monate nach dessen Eingang zur Kenntnis genommen hat. Der Lehrer der Carl-Bolle-Grundschule hatte seinen Brief, in dem er sich über Mobbing durch Schüler und falsche Vorwürfe durch eine Kollegin beschwerte, bereits im Dezember 2024 per Einschreiben an die Senatorin gesendet. Doch erst im Mai 2025 wurde dieses Anliegen angegangen. Günther-Wünsch erklärte, dass sie als ȝPerson des öffentlichen Lebensȝ nicht jeden Brief lesen könne und wies die Vorwürfe von Diskriminierung zurück. Laut dem Lehrer handelt es sich um ein ȝkomplettes Systemversagenȝ, da er seit rund drei Monaten

krankgeschrieben ist und die Schulleitung sowie die Bildungsverwaltung als nicht hilfsbereit kritisierte. Sein Anwalt dokumentierte Vorkommnisse an der Schule in einem neunseitigen Schreiben, während Grünen-Abgeordneter Daniel Wesener darauf hinwies, dass der Brief anscheinend nur oberflächlich gelesen wurde und an einen befangenen Mitarbeiter weitergeleitet wurde.

Hintergrund der Diskriminierung im Bildungsbereich

Die Vorfälle zeigen nicht nur ein individuelles Problem, sondern sind Teil eines umfassenderen Diskurses über Diskriminierung im Bildungswesen in Deutschland. Laut der Antidiskriminierungsstelle des Bundes kommt es im Bildungsbereich häufig zu Benachteiligungen aufgrund ethnischer Herkunft, Rassismus und Religion. Fehlende Barrierefreiheit, abwertende Äußerungen und diskriminierendes Verhalten von Mitschüler*innen, hier besonders in Form von Mobbing, sind alltägliche Erfahrungen. Diese Probleme betreffen nicht nur Lehrkräfte, sondern auch Schüler*innen, die oft unter unzureichendem Schutz leiden.

Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) gilt im öffentlichen Bildungsbereich hauptsächlich für Beschäftigte, während der Schutz für Schüler*innen und Studierende in öffentlichen Schulen gering ist. In privater Trägerschaft gibt es zwar einen gewissen Schutz, doch bleibt die Rechtslage unklar in Bezug auf bestimmte Diskriminierungsmerkmale. Zudem schlägt die Antidiskriminierungsstelle vor, die Bundes- und Ländergesetze zu überarbeiten, um rechtliche Lücken zu schließen und besseren Rechtsschutz zu gewährleisten.

Empfehlungen zur Prävention von Diskriminierung

Die Diskriminierungsproblematik wird durch zahlreiche Berichte

und Empfehlungen von Institutionen wie der Antidiskriminierungsstelle und der Kultusministerkonferenz unterstrichen. Diese fordern Schulen auf, aktiv gegen Diskriminierung vorzugehen und den Abbau struktureller Diskriminierungen zu fördern. Empfehlenswerte Ansätze beinhalten die Integration der Themen Vielfalt und (Anti-)Diskriminierung in den Unterricht sowie die Schaffung unabhängiger Beschwerdestellen.

Untersuchungen zeigen, dass Diskriminierungserfahrungen negative Auswirkungen auf den Lernerfolg haben und zu psychischen Belastungen führen können. Ein massiver Handlungsbedarf besteht in der schulischen Praxis, um Diskriminierung zu erkennen und ihr entgegenzuwirken. Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund oder besonderem Förderbedarf sind besonders von diesen Ungleichheiten betroffen, da sie oft in ihrer Chancengleichheit eingeschränkt werden. Die stetige Zunahme von Diskriminierungserfahrungen ist alarmierend und erfordert ein entschlossenes Handeln der Bildungsbehörden.

Um eine diskriminierungsfreie Bildungsumgebung zu schaffen, müssen alle Akteure im Schulbereich Diskriminierung anerkennen und gemeinsam Maßnahmen zur Verbesserung ergreifen. Die Berichte und die aktuelle Diskussion verdeutlichen, dass es Zeit für tiefgehende Reformen im Bildungswesen ist, um Kindern und Jugendlichen eine faire und gleichberechtigte Bildungsperspektive zu ermöglichen.

Für weitere Informationen über Diskriminierung im Bildungsbereich und Maßnahmen zur Prävention können Sie die Berichte und Analysen der Antidiskriminierungsstelle des Bundes (Antidiskriminierungsstelle) oder die Publikationen der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) einsehen.

Details	

Vorfall	Diskriminierung
Ursache	Mobbing, Diskriminierung
Ort	Berlin, Deutschland
Quellen	• www.welt.de • www.antidiskriminierungsstelle.de • www.bpb.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.net